

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

16. Sitzung
am Freitag, dem 15. November 1996, 10.00 Uhr,
Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Landtagsverwaltung

MR Rüdiger Breitkopf

Weitere Anwesende

Tagesordnung:		Seite
1.	Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1996 bis 2000	5
	Bericht der Landesregierung Drucksache 14/300 und Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 1997 (Haushaltsgesetz 1997) Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/240 hierzu: Umdrucke 14/192, 14/198, 14/199, 14/200, 14/204	
	¥ Einzelplan 01 Landtag	5
	¥ Einzelplan 02 Landesrechnungshof	6
	¥ Einzelplan 03 Ministerpräsidentin und Chef der Staatskanzlei	8
	¥ Einzelplan 05 Minister für Finanzen und Energie	9
	¥ Einzelplan 11 Allgemeine Finanzverwaltung	12
2.	Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" hier: Umschichtungen im Rahmenplan 1996 Vorlage des Ministeriums für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus Umdruck 14/182	13
3.	Sanierung des Altstandortes Neue Metallhütte Lübeck hier: Finanzierung der weiteren Maßnahmen Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten Umdruck 14/217	14
4.	Bericht über die Kreditaufnahme und den Einsatz von Zinsderivaten Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie Umdruck 14/233	15
5.	Unterstützung von Mecklenburg-Vorpommern beim Aufbau der Verwaltungen und Gerichte Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie Umdruck 14/240	16
6.	Information/Kenntnisnahme	17
7.	Verschiedenes	17

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1996 bis 2000

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/300

und

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/240

hierzu: Umdrucke 14/192, 14/198, 14/199, 14/200 und 14/204

¥ Einzelplan 01

Landtag

DirLT Dr. Schöning erläutert den Einzelplan 01 des Haushaltsentwurfs 1997 in großen Zügen und schließt mit dem Bemerkten, daß dieser Haushaltsentwurf - einschließlich des Entwurfs einer Nachschiebeliste, Umdruck 14/249 - gegenüber dem Haushalt 1996 eine Erhöhung um 320 100 DM = 0,72 % darstelle.

Auf eine Frage der Abg. Heinold betont DirLT Dr. Schöning, daß die Landtagsverwaltung mit den festangestellten Reinigungskräften keine Verträge auf 590-DM-Basis geschlossen habe und größten Wert darauf lege, daß die Reinigungskräfte der Fremdfirmen ebenfalls nicht auf dieser Basis beschäftigt würden.

Eine weitere Frage der Abg. Heinold beantwortet DirLT Dr. Schöning dahin, daß das Land bezüglich der Dienstfahrzeuge Eigenversicherer sei; dies sei kostengünstiger als die laufende Entrichtung von Versicherungsbeiträgen.

Der Vorsitzende greift eine Bemerkung des Abg. Sager auf und teilt mit, daß in den Gesprächen der Landtagsverwaltung mit den finanzpolitischen Sprechern über den Haushaltsentwurf einschließlich der Nachschiebeliste Einvernehmen über das Kapitel 0101, nicht jedoch über die Kapitel 0102 und 0103 geherrscht habe. Abg. Neugebauer erklärt, die SPD-Fraktion behalte sich vor, im weiteren Verlauf der Haushaltsberatungen Änderungsanträge vorzulegen.

Auf eine Frage des Abg. Stritzl erläutert MDgt Dr. Bäumler, daß sich die für seinen Geschäftsbereich vorgesehenen neuen Stellen daran orientierten, was in seiner Dienststelle vor dem Hintergrund der Änderungen in der Datenverarbeitung sinnvoll integriert werden könne; die Stellenhebungen seien Konsequenz der Leistungen der betreffenden Mitarbeiter.

Im weiteren Verlauf der Beratungen über den **Einzelplan 01** und das **Kapitel 1201** werden Anträge nicht gestellt und Beschlüsse nicht gefaßt.

¥ Einzelplan 02

Landesrechnungshof

P Dr. Korthals teilt mit, daß der Vorentwurf des Einzelplans 02 bereits im Frühsommer der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" zugeleitet worden sei und deren Zustimmung gefunden habe; die Grundstrukturen des Entwurfs hätten sich seitdem nicht geändert.

Das **Ausgabevolumen** für 1997 umfasse mit etwas über 12 Millionen DM 0,066 %, also weniger als 1 % des Entwurfs des Landeshaushalts. Angesichts dieses Anteils und im Hinblick auf die Tatsache, daß dem Landesrechnungshof mit seinen 100 Mitarbeitern weit über 60 000 Mitarbeiter auf der Landesebene und ebensoviel Mitarbeiter auf der kommunalen Ebene gegenüberstünden, werde man kaum argumentieren können, daß das Land zuviel für seine Finanzkontrolle ausbebe. Gegenüber den Belangen des Landesrechnungshofs habe sich der Finanzausschuß zusammen mit der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" sowie der Landtag in seiner Gesamtheit auch stets aufgeschlossen gezeigt. Der Haushaltsentwurf des Landesrechnungshofs stelle sich im wesentlichen als "Überrollungshaushalt" dar, der sich nun schon im dritten Jahr in Folge durch Minusraten auszeichne.

Ein Schwerpunkt des **Sachhaushalts** sei die Anmietung und Bewirtschaftung von Räumen im Gebäude der Landeszentralbank. Der Landesrechnungshof müsse allerdings nicht auf Dauer in

diesem Gebäude bleiben, sondern sei durchaus bereit, in das Mercator-Haus zurückzukehren. Einen weiteren Schwerpunkt stelle der Reisekostentitel dar, der gegenüber dem Vorjahr um 30 000 DM reduziert worden sei. Eine weitere Reduzierung könne jedoch nicht in Betracht kommen, da für den Landesrechnungshof im Laufe des Haushaltsjahres die Dispositionsfreiheit bei der Durchführung von Prüfungen mit den damit verbundenen Reisen gewährleistet sein müsse.

Was den **Personalhaushalt** betreffe, so biete der Landesrechnungshof im dritten Jahr in Folge die Streichung einer Stelle an - versehentlich sei diese Stelle der BesGr. A 12 mit einem kw-Vermerk versehen worden -, binde die Streichung allerdings in ein Gesamtpaket ein, indem vorgeschlagen werde, in der Struktur eine Veränderung dergestalt vorzunehmen, daß im Bereich der Technischen Abteilung zwei Stellen des gehobenen Dienstes in Stellen des höheren Dienstes umgewandelt werden. In dieses Paket gehöre weiter die Hebung einer Stelle der BesGr. A 16 in eine Stelle der BesGr. B 2.

Damit der Landesrechnungshof seinen Auftrag speziell im Bereich der Technik optimal erfüllen und den Dienststellen des Landes mit der entsprechenden Autorität Empfehlungen geben könne, seien alle Fachrichtungen vertreten, die sich allerdings hinter den Amtsbezeichnungen Amtrats, Oberamtrats, Rechnungsrats oder Oberrechnungsrats versteckten. Im Jahre 1990 sei in die Besoldungsordnung A folgende Fußnote aufgenommen worden: "Für Beamte des gehobenen Dienstes können für Funktionen, die sich von denen der BesGr. A 13 abheben, nach Maßgabe sachgerechter Bewertung bis zu 20 % der für **Technische Beamte** ausgebrachten Stellen der BesGr. A 13 mit einer **Amtszulage** ... ausgestattet werden." Der Landesrechnungshof stehe Amtszulagen - so betont P Dr. Korthals - sehr kritisch gegenüber und habe sich diesbezüglich in seinem eigenen Bereich außerordentlich zurückgehalten, müsse aber in den Stellenplanstrukturen attraktiv bleiben. Wenn auch der Landesrechnungshof in diesem Jahr davon absehe, entsprechende Verbesserungen für Mitarbeiter des Technischen Dienstes im Haushaltsentwurf vorzuschlagen, werde aber dieses Problem eines Tages auf die Verantwortlichen zukommen.

P Dr. Korthals nimmt abschließend Bezug auf **Presseveröffentlichungen**, in denen dem Landesrechnungshof vorgehalten werde, ständig einen Abbau von Stellen zu fordern, in den letzten Jahren das eigene Personal jedoch aufgestockt zu haben. Festzuhalten bleibe, daß der Landesrechnungshof über 30 Jahre hinweg, nämlich von 1958 bis 1988, konstant über 83 Stellen verfügt habe. In demselben Zeitraum sei der Personalbestand des Landes um 88,17 % auf weit über 60 000 Stellen gestiegen. Erst unter der neuen Mehrheit im Landtag sei der Stellenplan des Landesrechnungshofs in den Folgejahren um über 20 % auf 100 Stellen

ausgeweitet worden. Somit ergebe sich eindeutig, daß der Landesrechnungshof mit seinem eigenen Stellenplan in Bezug auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit geradezu ein Vorbild gewesen sei.

Der Vorsitzende merkt an - unterstützt von Abg. Astrup -, daß ein leistungsfähiger Landesrechnungshof dringend notwendig sei; Kritik am Landesrechnungshof, wie sie P Dr. Korthals soeben angesprochen habe, nähmen sie lediglich zur Kenntnis.

Abg. Sager bezeichnet den vorgelegten Haushaltsentwurf als einen glaubwürdigen Beitrag zur Sparsamkeit und zeigt sich besonders erfreut darüber, daß die Überwachung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes nicht unter den Sparsamkeitsbemühungen des Landes leide. Abg. Kähler stellt heraus, daß die Aufgabenstellung des Landesrechnungshofs als wichtigem Partner des Parlaments nicht nur gebilligt, sondern sogar gewollt worden sei und schließlich in der Änderung des Landesrechnungshofgesetzes seinen Ausdruck gefunden habe.

0201-MG 05, Informationstechnik

Abg. Kubicki nimmt Bezug auf die Erläuterungen, wonach für die Ersatzbeschaffung von 9 PC insgesamt 45 000 DM veranschlagt seien, und stellt heraus, daß nach seiner Kenntnis ein derartiger PC schon für etwa die Hälfte des veranschlagten Betrages zu bekommen sei. Abg. Astrup hält es nicht für ausgeschlossen, daß nicht nur der Landesrechnungshof auf dem Gebiet der Beschaffung von PCs noch über gewisse Sparpotentiale verfüge.

P Dr. Korthals erinnert daran, daß dieses Thema in einer Sitzung der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" ausführlich erörtert worden sei, und LMR Wagner verweist auf Übersicht 13 der Allgemeinen Bemerkungen mit den Aussagen über den Durchschnittspreis für einen multifunktionalen PC.

Anträge zum Einzelplan 02 werden nicht gestellt, Beschlüsse werden nicht gefaßt.

¥ Einzelplan 03

Ministerpräsidentin und Chef der Staatskanzlei

hierzu: Umdrucke 14/236, 14/246

St Gärtner gibt einen kurzen Überblick über den Einzelplan 03.

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Vorlagen zum Thema "**Flexibilisierung** des Haushaltsvollzugs in der Staatskanzlei", Umdruck 14/236, und "**Budgetierung** des Einzelplans 03", Umdruck 14/246, und merkt an, daß Landesregierung und Landtag demnächst mit der Neustrukturierung des Einzelplans 03 Neuland betreten werden. Er gibt zu überlegen, sich dieser Thematik in einer gesonderten Sitzung anzunehmen. Abg. Kähler erinnert an die Verabredung, einen Sachstandsbericht über die Modernisierung des öffentlichen Sektors auf der Ebene der obersten Landesbehörden insgesamt entgegenzunehmen.

Das Thema soll auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Landtages gesetzt werden.

0301-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Abg. Sager bittet, den Sachverhalt zu der neu beantragten Stelle der BesGr. A 7 schriftlich darzustellen. - St Gärtner sagt dies zu.

0301-526 99, Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä.

Abg. Döring bittet um eine Auflistung der im einzelnen vorgesehenen Maßnahmen. - St Gärtner sagt dies zu.

0301-529 08, Zur Verfügung der Ministerpräsidentin für Nachrichtenagenturen und für die Ablösung von Verwertungsrechten

Abg. Sager bittet um eine Liste der Nachrichtenagenturen sowie eine Übersicht darüber, welche Kosten im einzelnen bei der Ablösung von Verwertungsrechten anfallen. - St Gärtner sagt dies zu.

St Gärtner greift eine Bemerkung des Abg. Stritzl auf und sagt zu, mit der Landtagsverwaltung in ein Gespräch darüber einzutreten, ob Landtag und Staatskanzlei künftig einen gemeinsamen Pressespiegel herausgeben können.

Fragen zum Kapitel 1203 liegen nicht vor.

¥ Einzelplan 05

Minister für Finanzen und Energie

St Dr. Lohmann gibt einen kurzen Überblick über den Einzelplan 05.

0501-511 02, Druck des Landeshaushaltsplans, des Finanzplans usw.

St Dr. Lohmann greift eine Bemerkung des Vorsitzenden auf und teilt mit, derzeit werde die Übernahme des von Sachsen-Anhalt entwickelten elektronischen Haushaltssystems auf schleswig-holsteinische Verhältnisse geprüft mit dem Ziel, davon erstmalig bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2000 Gebrauch zu machen.

0501-526 01, Gerichts- und ähnliche Kosten

Abg. Stritzl bittet um eine Grobpositionierung der angefallenen Kosten. - St Dr. Lohmann sagt dies zu.

0501-972 01, Globale Minderausgaben

Der Vorsitzende zeigt sich erstaunt darüber, daß zur Deckung des Ansatzes auch "Erlöse aus der Veräußerung unbeweglicher Sachen" herangezogen werden dürften, und stellt sich auf den Standpunkt, daß nach der geltenden Rechtslage derartige Erlöse dem Grundstock zugeführt werden müßten. MDgt Rohs verweist auf Satz 2 des Haushaltsvermerks, wonach "§ 64 Abs. 6 LHO ... insoweit keine Anwendung" finde. VP Dr. Schmidt-Bens greift auf die Bemerkungen 1996 des Landesrechnungshofs zurück und legt dar, daß das, was nach der Gesetzeslage als Ausnahme zulässig sei, zur Regel gemacht werde. Der Vorsitzende stimmt dieser Bewertung zu. Er kündigt an, dieses Thema in der Fraktion zu vertiefen und im weiteren Verlauf der Haushaltsberatungen erneut anzusprechen.

0505-525 02, Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter usw.**0505-525 04, Fortbildung für Projekte zur Modernisierung des öffentlichen Sektors**

St Dr. Lohmann sagt auf eine Frage des Abg. Stritzl eine schriftliche Information zu.

0509, Reaktorsicherheit**0510, Energiewirtschaft**

St Dr. Lohmann teilt auf eine Frage des Abg. Stritzl mit, daß der für die Reaktorsicherheit und die Energiewirtschaft zuständige Staatssekretär wegen eines anderen Termins an der Teilnahme der heutigen Sitzung des Finanzausschusses verhindert sei; die Vertretung der Geschäftsbereiche durch die Abteilungsleiter sei sichergestellt.

0509-526 01, Untersuchungen im Zusammenhang mit atomrechtlichen Verfahren

Abg. Stritzl bittet, die Ausgaben im einzelnen nachzuweisen. - St Dr. Lohmann sagt dies zu.

0509-531 02, Informationsstelle zu Gefahren der Atomenergie

Abg. Stritzl möchte wissen, was an den bisherigen Informationsstellen in einer Weise defizitär sei, daß das Land die Einrichtung einer eigenen Informationsstelle für notwendig erachte. Abg. Sager bittet, dem Ausschuß eine Übersicht über die bereits vorhandenen Informationsstellen zuzuleiten.

St Dr. Lohmann merkt an, daß derzeit in der zuständigen Abteilung ein Konzept über die Einrichtung der Informationsstelle erarbeitet werde. St Vogt werde den Finanzausschuß unterrichten.

0509-536 62, Datenverarbeitung

Abg. Sager bittet um schriftliche Auskunft über die Gründe für die starken Schwankungen der Ausgaben. - St Dr. Lohmann sagt dies zu.

TG 61, Förderung der Energieeinsparung usw.

Abg. Sager fragt, welche Maßnahmen in welcher Höhe bezuschußt worden seien, und erkundigt sich nach den Planungen für 1997. MDgt Dr. Euler verweist wegen der Förderung in den vergangenen Jahren auf den Energiebericht und sagt zu, eine Übersicht mit den aktualisierten Daten nachzureichen. Für 1997 - so fügt er hinzu - könnten allerdings nur unvollständige Angaben gemacht werden.

0510-526 61, Projektvorbereitende Untersuchungen usw.

Abg. Sager erkundigt sich nach den bereits abgeschlossenen und den noch vorgesehenen Untersuchungen. - MDgt Dr. Euler sagt eine schriftliche Antwort zu.

0510-671 61, Erstattung von Kosten für die Abwicklung im Bewilligungsverfahren usw.

Abg. Sager erkundigt sich nach Einzelheiten der Verfahrensabläufe und der Erstattungswege. - MDgt Dr. Euler sagt eine schriftliche Antwort zu.

TG 62, Modellvorhaben für Stromsparmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden

Abg. Sager nimmt Bezug auf die Erläuterungen und bittet um nähere Angaben, inwieweit "die mit dem VEBA-Energiesparvertrag begonnenen Stromsparmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden in Schleswig-Holstein ... zur Umweltentlastung und zum Klimaschutz" beigetragen haben.

Abg. Kähler steht auf dem Standpunkt, daß eine Diskussion in Abwesenheit des zuständigen Staatssekretärs nicht sonderlich effektiv sei, und regt an, zunächst die erbetenen schriftlichen Informationen abzuwarten und sich anschließend über das weitere Vorgehen zu verständigen. **Abg. Sager** stimmt ihr zu und bezeichnet die Abwesenheit von **St Vogt** als "der Sache nicht angemessen".

Auf Vorschlag des **Abg. Stritzl**, dem sich der Vorsitzende anschließt, verständigt sich der Ausschuß dahin, die Diskussion über die in den Zuständigkeitsbereich von **St Vogt** fallenden Kapitel an einem noch anzuberaumenden Termin fortzusetzen; zur Vorbereitung dieser Sitzung sollte die Verwaltung die erbetenen schriftlichen Unterlagen möglichst schnell vorlegen.

Zum Stellenplan und zum Kapitel 1205 werden Anträge nicht gestellt und Beschlüsse nicht gefaßt.

(Unterbrechung: 13.35 Uhr bis 14.15 Uhr)

¥ Einzelplan 11 Allgemeine Finanzverwaltung

1101, Steuern und steuerähnliche Abgaben

Auf eine Frage des **Abg. Stritzl** stellt **St Dr. Lohmann** heraus, daß nahezu alle Einnahmetitel der Kapitel 1101 und 1102 den neuen Gegebenheiten angepaßt werden müßten.

Abg. Stritzl spricht die Spielbankenlandschaft an und äußert seine Sorge um die Mitarbeiter in der Gastronomie der Spielbank Lübeck-Travemünde. **Abg. Neugebauer** merkt an, daß die Umsetzung des Spielbankgesetzes erst kürzlich Gegenstand der Beratungen im Finanzausschuß gewesen sei, und bittet, in der heutigen Sitzung aus Zeitgründen von einer Vertiefung des Themas Abstand zu nehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"
hier: Umschichtungen im Rahmenplan 1996**

Vorlage des Ministeriums für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Umdruck 14/182

Der Finanzausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Sanierung des Altstandortes Neue Metallhütte Lübeck
hier: Finanzierung der weiteren Maßnahmen**

Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten
Umdruck 14/217

Der Vorsitzende erinnert an die Verabredung, diese Vorlage gemeinsam mit dem Umweltausschuß in der Sitzung am 22. November 1996 zu beraten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht über die Kreditaufnahme und den Einsatz von Zinsderivaten

Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie
Umdruck 14/233

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden und kommt überein, dieses Thema vertieft in einer noch anzuberaumenden Sitzung zu beraten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Unterstützung von Mecklenburg-Vorpommern beim Aufbau der
Verwaltungen und Gerichte**

Vorlage des Ministers für Finanzen und Energie
Umdruck 14/240

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuß nimmt die **Umdrucke 14/186, 14/241** und **14/242** zur Kenntnis.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 14.40 Uhr.

gez. Hay
Vorsitzender

gez. Breitkopf
Geschäfts- und Protokollführer